

REGIONAL | NACHRICHTEN

FAHDUNG

Frau auf Schulparkplatz ausgeraubt

HAID. Als sie sich gerade am Lehrerparkplatz einer Hauptschule in Haid befand, wurde eine 40-Jährige aus Bad Hall am Dienstag gegen 21 Uhr ausgeraubt. Zwei junge, dunkel gekleidete Männer rissen ihr Geldtasche und Schlüssel aus der Hand und stießen die Frau



Foto: Weibold

weg. Dadurch fiel sie eine Kellerstiege hinab und wurde leicht verletzt. Die 40-Jährige wählte den Notruf und versteckte sich im Kellerabgang. Mehrere Streifen suchten erfolglos nach den Tätern. Die Polizeiinspektion Anselden bittet unter Tel. 059133 4131 um Hinweise.

FESTNAHME

Aus Eifersucht: Russe stach Linzer in den Rücken

HAID. Gestern Vormittag eskalierte ein Streit zwischen einem 31-jährigen russischen Staatsbürger und einem 42-jährigen Linzer in Haid. Während des Konflikts stach der 31-Jährige den 42-Jährigen plötzlich mit einem Klappmesser in den Rücken und verletzte ihn zu-



Foto: Weibold

sätzlich mit einem Schlag auf den Kopf. Der Täter konnte nach einer Sofortfahndung in Linz festgenommen werden. Er gab an, die Tat aus Eifersucht begangen zu haben. Aufgrund der schweren Verletzungen konnte das Opfer gestern noch nicht befragt werden.

CORONAVIRUS

Verbliebene Impfstraßen werden geschlossen

OBERÖSTERREICH. Zwischen Ende April und Ende Juni werden die zehn in Oberösterreich verbliebenen, vom Roten Kreuz betriebenen Impfstraßen geschlossen. Grund dafür ist, dass Impfungen mittlerweile hauptsächlich in Ordinationen verabreicht werden.

Für den Kasberg wird das Aus immer wahrscheinlicher

Fünf Grundbesitzer wollen über einen Sommerbetrieb nicht einmal verhandeln

VON EDMUND BRANDNER

GRÜNAU. Eigentlich wollten die Bürgermeister der Almtalgemeinden Grünau, Scharnstein, Vorchdorf und Pettenbach heute Abend noch einmal mit den Grundstückseigentümern am Kasberg verhandeln. Es sollte ein letzter Versuch werden, das Skigebiet zu retten.

Wie die OÖNachrichten exklusiv berichteten, weigern sich fünf der zehn Waldbesitzer, einem Sommerbetrieb der defizitären Seilbahn zuzustimmen. (Es sind dies Elisabeth Herring-Frankendorf, Erhard Hühmayr, Reinhard Kram, Johannes Stadler und die Herzog von Cumberland Stiftung.) Derzeit fährt die Seilbahn nur im Winter. Ein Ganzjahresbetrieb der Anlage ist nach Meinung aller Experten aber die einzige Chance, die Seilbahn kostendeckend zu betreiben.

Doch die fünf Grundstücksbesitzer ließen das Treffen überraschend platzen. In einem gemeinsamen Brief teilten sie Grünaus Bürgermeister Klaus Kramesberger (SPÖ) am Dienstag mit, dass sie bei ihrer Haltung bleiben und für Verhandlungen nicht zur Verfügung stehen.

Im Almtal zweifelt kaum jemand daran, dass das Quintett jagdwirtschaftliche Einbußen befürchtet, wenn sich am Kasberg ganzjährig Touristen tummeln. Im Unterschied zur Forstwirtschaft ist die

Jagdverpachtung höchst lukrativ. Die fünf selbst geben andere Gründe für ihre ablehnende Haltung an: Touristen würden das Wild in tiefer gelegene Schutzwälder verdrängen wo Verbisschäden die Folge wären, erklärten sie gestern in einer gemeinsamen Presseaussendung. Überhaupt würden die negativen ökologischen Auswirkungen eines Ganzjahresbetriebes „nicht ausreichend bedacht“. Auch den wirtschaftlichen Erfolg zweifeln die fünf Absender an.

Brief schlug wie eine Bombe ein

Der Brief schlug im Almtal wie eine Bombe ein. Die Bürgermeister der vier oben genannten Eigentümergemeinden hielten sofort eine Krisensitzung ab. „Wir sind sehr enttäuscht über diese Gesprächsverweigerung“, sagt Grünaus Bürgermeister Kramesberger. „Wir wären beweglich gewesen, über viele Details eines Sommerbetriebes hätte man noch reden können.“ Scharnsteins Bürgermeister Rudolf Raffelsberger (ÖVP) betont, dass sich die anderen fünf Grundstücksbesitzer „extrem konstruktiv“ verhalten hätten.

Tourismus-Landesrat Markus Achleitner (ÖVP) spricht von einer „neuen Faktenlage“ und lädt die Bürgermeister kommende Woche zu einem Gespräch ein. „Die Eigentümergemeinden müssen nun die weitere Vorgangsweise festlegen“,



Wintersportvereine demonstrierten auf der Piste gegen die drohende Schließung des Skigebietes.

Fotos: Spitzbart



„Ich bin enttäuscht über die Gesprächsverweigerung der Grundbesitzer. Über viele Details hätte man noch reden können.“

Klaus Kramesberger,
Bürgermeister von Grünau

sagt er. Bekanntlich übernimmt die Landesregierung bis zum Winter 2025/26 die Abgänge des Skigebietes bis zu einer Höhe von einer Million Euro pro Jahr (zuletzt betrug das Minus allerdings 1,3 Millionen Euro). Im Gegenzug verpflichteten sich Grünau, Scharnstein, Vorch-

dorf und Pettenbach, ein neues Konzept für einen Ganzjahresbetrieb zu entwickeln.

Achleitner und die Bürgermeister müssen sich nun die Frage stellen, wie sinnvoll die Aufrechterhaltung des defizitären Betriebes bis 2024/25 noch ist, wenn es keine Perspektive für danach gibt. „Wir werden prüfen, ob und welche touristischen Angebote innerhalb der Festlegungen der Grundstückseigentümer überhaupt noch möglich sind“, so Landesrat Achleitner.

Die Demontage wird teuer

Das Wort „zusperren“ nahm bislang kein politischer Verantwortlicher in den Mund. Doch es kann auch niemand sagen, wie sich das Ende des Skigebietes jetzt noch verhindern lässt.

Über eine etwaige Demontage der Anlagen auf dem Kasberg machen sich die Bürgermeister jedenfalls längst Gedanken. Einer ersten

Schätzung zufolge dürfte der Abbau der Lifte und Seilbahnen mehr als zwei Millionen Euro kosten. Rücklagen dafür wurden bereits angelegt, doch das vorhandene Geld reicht bei weitem nicht aus. Die Tatsache, dass Scharnstein und Grünau Abgangsgemeinden sind, macht die Sache nicht einfacher. „Eines muss sichergestellt sein“, sagt Scharnsteins Bürgermeister Raffelsberger: „Am Ende des Tages dürfen wir Gemeinden nicht auf einem finanziellen Scherbenhaufen sitzen bleiben.“

Heute Abend (20 Uhr) veranstalten die Wintersportvereine eine Kundgebung für den Kasberg auf dem Ortsplatz von Grünau.



Code scannen
und TV-Talk
mit Redakteur Gabriel
Egger ansehen
»nachrichten.at

Steyr: Nach Felssturz bleiben zumindest zwei Häuser unbewohnbar

Stadtchef und Experten informierten gestern die Betroffenen über den aktuellen Stand der Dinge und das weitere Vorgehen

STEYR. Vor einem Monat hat ein verheerender Felssturz im Stadtteil Unterhimmel zwei Todesopfer gefordert. Wie berichtet wurde der Hang grob abgesichert, die Leichname der beiden Arbeiter konnten erst eine Woche später geborgen werden.

Gestern Nachmittag fand eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Bewohner statt, deren

schlimmste Befürchtungen Realität geworden sind. „Der Hang birgt nach wie vor ein Risiko. Wir haben eine Kluft entdeckt, müssen weitere Messungen vornehmen“, sagt Geologe Günter Moser im OÖN-Gespräch. Laut Presseaussendung der Stadt Steyr müssen zwei Häuser, Roseneggerstraße 4 und 7, abgelöst werden, weil sie nicht mehr bewohnbar sind. Die Gutachten

zum Schätzwert sind bereits in Auftrag gegeben worden. „Wir werden als Stadt mit den Eigentümern in Verhandlungen treten“, sagt Bürgermeister Markus Vogl (SP). Zwei weiteren Gebäuden droht ein ähnliches Schicksal, da ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die betroffenen Hausbesitzer und Wohnungsmieter werden zudem informiert, wann sie ihr Hab und



Für die Häuser Roseneggerstraße 4 und 7 gibt es keine Rettung. Foto: Magistrat

Gut aus den jeweiligen Liegenschaften holen können. Unterdessen gehen die Aufräumarbeiten, dort wo es möglich ist, weiter. Die großen Felsbrocken werden zerkleinert. Der Schutt wurde noch nicht abtransportiert. Aus dem Material soll ein Schutzwall entstehen. Auch die Roseneggerstraße wird laut Stadtchef Vogl wohl nicht mehr instand gesetzt. (dmf/wolf)